

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,55 Reichsmark für auswärts 0,40 Reichsmark. Die Rufanmeldung im Verzeichnis an vollst. Adressen 2,00 Reichsmark, für auswärts 2,50 Reichsmark. — Die Druckgebühr für Buchdruckarbeiten beträgt 0,30 Reichsmark. — Für die Einrückung an bestimmten Tagen und Stellen kann eine Sonderabgabe vereinbart werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2 R. Mark. Postbezugs für Monat Dezember 2,00 Reichsmark, für die 12-Monats-Blattzeit monatlich 15 Pfennig. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 1,05 Reichsmark, nach dem Ausland 1,20 Reichsmark. **Einzelnummer 10 R. Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14 194, 27 981, 27 982, 27 983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060
Zustellungsveränderungen ohne Rücksicht werden weder per Brief noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages.

Nr. 303

Donnerstag, 29. Dezember 1927

XXXV. Jahrg.

1928 das Jahr der Neuwahlen

Paul-Boncour gegen Revision des Friedensvertrags — Französische Sensationsmeldungen über die Razzia gegen die elsässischen Autonomisten — Miss Grayson verschollen

Harakiri in Japan

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

2. Teil, 28. Dezember. (Durch United Press)

Die Kommandanten der beiden Kriegsschiffe, die während der letzten Marinemanever am 24. August zusammenstießen, haben jetzt Selbstmord durch Harakiri begangen. Die höchsten Marinebefehdungen einschließlich des Marineministers äußerten sich in überaus lobender Weise über diese Handlung der beiden Offiziere und erklärten, daß sie durch ihren Selbstmord der Welt den wahren Geist der japanischen Marine in vorbildlicher Weise bewiesen hätten. Die beiden Kommandanten, Kapitän Midzuno und Kapitänleutnant Iizumi, sind aus dem Leben geschieden, ohne das Urteil des Kriegsgerichts, das erst für morgen ermartet wird, abzuwarten. Nach allgemeiner Uebersetzung dürften sie beide aber freigesprochen werden. Die gesamte Flotte steht in begeisterten Bewunderung über die Handlung der beiden Kommandanten und nennt ihren Selbstmord das Überlenteke, bewundernswürdige Harakiri seit dem Selbstmord des Admirals Nogi und seiner Gattin im Jahre 1912 in der Nacht des Begräbnisses des damaligen Mikado.

Die elsässische Razzia

Paris, 28. Dezember

In den Weisungsbefehlen fanden umfassende Hausdurchsuchungen bei den sogenannten elsässischen Autonomisten statt, d. h. bei jenen Politikern, die ein unabdingbares Elsass anstreben. Der Straßburger Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet zu diesen Hausdurchsuchungen, daß gestern ein Aktivist mit in Straßburg beschlagnahmten Dokumenten, deren Eichtung 48 Stunden gebauert habe, nach München abgereist sei, wo die Papiere dem Untersuchungsrichter übergeben werden sollen. Die Staatsanwaltschaft in Straßburg hat ferner in der Wohnung des Korrespondenten der „Rheinischen Zeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ sowie bei einem Forscher, der vor dem Krieg in den deutschen Kolonien gewirkt und kürzlich nach dem Elsass zurückgekehrt sei, Hausdurchsuchungen vorgenommen. In den Bureauverzeichnissen der „Zukunft“ ist, wie das gleiche Blatt berichtet, alles ausgetrennt worden.

Ein Schiffbürgerrecht

Die angeblichen Enthaltungen des „Tempo“

Telegramm unseres Korrespondenten zw. Basel, 28. Dezember

Zu der groß angelegten Razzia in Elsass-Dörfern äußert sich die schweizerische Presse dahin, die französische Polizei habe mit diesen Hausdurchsuchungen ein Schiffbürgerrecht gemacht. Wenn es doch gelungen sei, Dokumente zu beschlagnahmen, denen die von der französischen Presse zugewiesene Bedeutung zukomme, so seien die Autonomisten von allen guten Geistern verlassen gewesen, wenn sie dieses kompromittierende Material nach den Vorgängen der letzten Wochen noch im Elsass herumtragen ließen. Die deutschfreundlichen „Basler Nachrichten“ weisen darauf hin, daß die Auffindung eines autonoministischen Mobilisationsplanes sowie von Beweisen über die Tätigkeit der Autonomisten im benachbarten Deutschland „ausländische Taktik der autonoministischen Führer“ enthielte. Es gelte allerdings, abzumachen, ob die Enthaltungen des „Tempo“ aber das Ergebnis der Hausdurchsuchungen sind bewahrt werden und wer die eigentlichen Gewährer seien. Das elsass-loschistische Problem werde in diesem Moment wieder an einer Phase von europäischer Bedeutung. Für eine deutsch-französische Verständigungsbewegung würde die Subvention der Autonomisten geradezu ein Schlag ins Gesicht bedeuten. Wir trennen der Politik Herrn Stresemanns allerdings solche Reden nicht zu und hoffen auf reifliche Klärung. Es gibt nur drei realistische Möglichkeiten: entweder die deutsche Regierung, aus demselben Elsass oder die sogenannten Vaterländischen Verbände. Wenn das Geld von den letzteren kommen sollte, so sollte die deutsche Regierung ihnen einmal ganz deutlich auf die Stirn klopfen, da sie ihr ohnehin schon genug außenpolitische Unannehmlichkeiten bereitet haben.

Der überalterte Reichstag

Dr. Scholz und die „Kreuzzeitung“ suchen ihn künstlich zu beleben

B. Berlin, 28. Dezember. (Fig. Drahtbericht)

Raum daß die Feiertage vorüber sind, beginnt schon wieder das Rätselraten über den voraussichtlichen Wahltermin. Ein Berliner Montagblatt hat, wie wir gestern berichteten, der Diskussion einen neuen Anreiz gegeben, indem es das Verzichtverwehren, im Zusammenhang mit dem Problem der Rheinlandräumung sei auch der Wahltermin Gegenstand einer Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Dr. Brüning in Genf gewesen. Die beiden Staatsmänner sollen darüber einig gewesen sein, daß es wünschenswert sei, wenn bald nach den französischen Wahlen, die wahrscheinlich am 6. Mai beendet sein würden, sich auch in Deutschland ein Kabinett am Ruder befände, das nicht durch eine bevorstehende Entschcheidung der Wähler in seiner Verhandlungsfreiheit beschränkt sei. Das Blatt versichert gleichzeitig, daß Dr. Stresemann für eine Auflösung des Reichstags im Frühjahr eintrete. Soweit unsere Kenntnis reicht, ist es schon richtig und liegt ja auch in der Natur der Sache, daß im Verlauf der Genfer Unterhaltungen auch die Wahlen haben und bräuen und deren Aussichten besprochen wurden. Dagegen trifft es selbstverständlich nicht zu, daß zwischen den Außenministern irgendeine Abrede wegen des Termins getroffen worden sei. So einfach liegen die Dinge, zumal auf deutscher Seite, denn doch nicht. Es spricht für eine ganze Reihe von Faktoren mit, die im Augenblick noch durchaus ungewiß sind.

Alle Betrachtungen, wann gewählt werden soll, sind vorerst nur Kombinationen, die auf dem Wunsch ihrer Verbreiter eruhen. Daß Dr. Stresemann eine Neuwahl bereits im Frühjahr für zweckmäßig hält, erscheint durchaus glaubhaft und ist auch sehr vernünftig. Man ist ja vielfach der Ansicht, daß mit der Verabschiedung des Elsass die gegenwärtige Koalition ihre Zeit erfüllt habe. Daß die Deutschnationalen sie noch länger erhalten werden, ist nur zu beargwöhnen, da es wohl so ant wie früher ist, daß sie nach den Wahlen der Regierung nicht mehr anhängen werden. So wendet sich die „Kreuzzeitung“ in schärfster Deutlichkeit gegen eine Verabschiedung der Wahlakte in Deutschland und Frankreich. Sie will außenpolitische Gesichtspunkte bei der Festlegung des Wahltermins nicht gelten lassen, da es sich hier um eine rein innere Angelegenheit handle. Gerade weil Brüdern sich offenbar Hoffnungen auf ein künstliches Kabinett im Reich mache, müßte man bereit Plänen scharfen Widerstand entgegenzusetzen. Das Blatt drückt schließlich die Hoffnung aus, daß die Stresemannsche Auffassung an dem festen Willen der Radikalschicht scheitern werde, zumal die Regierung noch eine Fülle von Aufgaben zu erledigen habe. Ganz zu dem deutschnationalen Standpunkt bekennt sich auch der volksparteiliche Fraktionsführer Dr. Scholz. Er schilt auf die angebliche „Neuwahlhypothese“ und möchte von Neuwahlen möglichst lange verschont bleiben, im Gegensatz zu den meisten seiner politischen Mitbürger. An sich, so erklärt er, sei die Wahlperiode für die praktische Arbeit schon reichlich kurz bemessen. Diese Frist noch zu verkürzen, widerspreche jedem staatspolitischen Interesse.

Daß Herr Scholz sich gegen eine Auflösung des unparlamentarischen Reichstages ausgesprochen hat, ist ein Zeichen für die Unfähigkeit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen, die Verantwortung für die Elsassfrage zu übernehmen. Er ist ja der Stifter dieses Bundes, er trübt seine Partei in jenen Reichstagen, dessen verwerfliche Folgen für den liberalen Gedanken in Deutschland immer härter hervortreten. Daß Herr Scholz die große für baldige Neuwahlen eintretende Bewegung mit einer seiner sonstigen Art ganz entsprechenden bodenständigen Landbewegung als „Neuwahlhypothese“ abtun zu können glaubt, beweist nur, daß dieser Führer der volksparteilichen Reichstagsfraktion von den Lebensbedingungen des parlamentarischen

Systems wenig Ahnung hat. Wir haben leider unter dem letzten Wahlloos auf das vorzügliche politische Stimmungsbild der Reichswahlen verzichten müssen, dessen sich englische Staatsmänner stets mit so viel Gewinn für ihr Land zu bedienen verstehen. Aber die letzten Wahlen in verschiedenen deutschen Ländern und Gemeinden sind ein nicht zu unterschätzender Erfolg für die fehlenden Reichstagswahlen. Alle diese Wahlen aber haben in der letzten Zeit gezeigt, daß die letzte Regierungskoalition im Reich nicht mehr dem politischen Willen des Volkes entspricht.

Es heißt also dem erklärten Willen des Volkes und dem Geist des parlamentarischen Systems entgegenhandeln, wenn sich führende Politiker wie Herr Scholz in der schließenden Burg juristischen Formelwesens verwickeln und erklären: „Wir haben uns erstens auf vier Jahre gewöhnt, also bleiben wir auch diese vier Jahre zusammen, und zweitens sind vier Jahre ohnehin eine viel zu kurze Zeit für uns, um praktisch arbeiten zu können.“ Auch wir sind der Ansicht, daß die Legislaturperioden der Parlamente nicht zu kurz bemessen werden sollten. Voraussetzung ihrer Einfeldung aber ist das Vertrauen des Volkes. Schwindet dieses Vertrauen — wie die letzten Wahlen zur Evidenz bewiesen haben —, so muß selbstverständlich eine Korrektur des Volkswillens durch Neuwahlen möglich sein.

Aber nicht nur aus diesen prinzipiellen Erwägungen heraus ist die Forderung nach baldigen Wahlen berechtigt. Auch praktische Notwendigkeiten sprechen dafür. Die große Außenpolitik der europäischen Länder ruht zur Zeit. Sie kann erst wieder in Fluß kommen, wenn man auf Grund des Wahlausganges genau übersehen kann, über welche Kräfte die Außenminister der einzelnen Länder verfügen können. Das gilt insbesondere für Frankreich und Deutschland, die außenpolitisch in einer unauflösbaren Schicksalsgemeinschaft verbunden sind. Es wäre deswegen das Fernstündliche, die deutschen Reichstagswahlen möglichst bald nach den französischen Reichstagswahlen anzusetzen. Nur so kann der deutsche Reichsaussenminister an die Verhandlungen mit dem neuen aus den französischen Wahlen hervorgegangenen Kabinett, wie es auch aussehen mag, mit der nötigen Frische und Autorität herantreten, nur so wird der oft mit den Lippen bekannte Primat der Außenpolitik auch praktisch durch die Tat durchgeführt. Nur das entspricht der staatspolitischen Notwendigkeit, von der Herr Scholz an reden vorlieb, wenn er die parteipolitischen Interessen seines kleinen Kreises meint.

Poincarés Wahlvorbereitungen

Telegramm unseres Korrespondenten oh. Paris, 28. Dezember

Western nachmittag fand im Finanzministerium eine wichtige politische Aussprache zwischen Poincaré und den auf dem linken Flügel stehenden Kabinettsmitgliedern Briand, Painlevé, Herriot und Albert Sarraut statt. Der Ministerpräsident hat bereits vor einiger Zeit verkündet lassen, er werde nach Neujahr in einer großen politischen Rede in der Kammer die Richtlinien seiner Außen- und Innenpolitik festlegen. Es ist selbstverständlich, daß diese Erklärungen einen großen Einfluss auf den Wahlausgang haben werden, der in den ersten Monaten des kommenden Jahres den Kammerwahlen vorausgehen wird. Offenbar möchte Poincaré vorher mit seinen Kollegen, die in den verschiedenen Einpartei wichtige Stellungen haben, in einer Sonderbesprechung Fühlung nehmen und in Erfahrung bringen, wie weit eine Politik der „Nationalen Union“ Aussicht auf Verwirklichung haben könnte.

Szenenwechsel

Die Wandlung im Pacific

Von Dr. Fritz Hesse (Berlin)

Als vor kurzem die Nachricht die Weltpresse durchlief, daß Japan zur Finanzierung seiner Eisenbahnpflichte in der Wandlung eine Anleihe in Amerika aufgenommen habe, forderte man allgemein auf, der Vorgang erschien so außergewöhnlich, daß man zunächst ihn nicht zu erklären vermochte, weil alle Voraussetzungen hierfür zu fehlen schienen. War man doch daran gewöhnt, die Wandlung als ausschließlich, auf das eiserfüchtigste behütete Domäne der Japaner anzusehen, in die niemand Fremdes hineingelassen wurde, und in der selbst die bislang noch vertraglich angekauften Rufen von den Japanern als höchst lästige Beigabe empfunden werden. Die Zulassung der Amerikaner mußte dabei um so mehr in Erwägen verbleiben, als man bisher Amerikaner und Japaner überall am Stillen Ozean als konkurrenz ansehend gewöhnt war. Galt doch der Pacific als dasjenige Spannungsfeld amerikanisch-japanischer Gegensätze, das die Abwehrmaßnahmen der Amerikaner zur See geradezu hervorrief. Die überraschende und offenbar in Europa von niemandem ermartete Zusammenarbeit der bisherigen Konkurrenten in der Wandlung schien daher geradezu sensationell — wenn auch in ihren Ursachen unverstänlich.

Und doch liegt der Schlüssel für das Verständnis der neu in Ostien auftauchenden Situation näher als man glaubt, wenn man nur berücksichtigt, daß die Gesamtlage im Fernen Osten seit Jahresfrist sich von Grund auf gewandelt hat, und damit seinen Raum mehr für die alten Vorurteile gelassen hat, wonach eine Zusammenarbeit zwischen Japan und U. S. A. als ausgeschlossen erscheint.

Eine Ueberschau der politischen Ereignisse der letzten Zeit ergibt nämlich das überraschende Bild, daß die alten Gegensätze in weitestem Maße sich verringert haben, und daß vieles von dem amerikanischen Mißtrauen gegen das große Inselvolk im Pacific geschwunden ist. Nicht umsonst haben die Japaner Auswanderungen in beträchtlichen Mengen getroffen, die auf das deutlichste eine Verdrängung amerikanischer Empfindlichkeiten bedeuten und nicht umsonst hat Japan im vorigen Jahre die Bestimmungen der antiamerikanischen panasiatischen Konferenz in Tokio verurteilt. Auch die merkwürdige Zurückhaltung in den Fragen der maritimen Aufsicht, wie in der China-Politik des letzten Jahres, in der Japan nie einen Schritt getan hat, der ernsthaft eine Gefährdung der amerikanischen Interessen bedeutete, ist ebenso wie die Aufgabe der Unterstützung der Förderung der Freiheitsbewegung der Philippinen durch Japan eine Versöhnung in Amerika, wie sie früher kaum gedacht werden kann. Mühte doch durch alle diese Dinge eine Atmosphäre geschaffen werden, die eine Annäherung zwischen den alten Rivalen zumindest als möglich erscheinen ließ, und die jedenfalls von derjenigen der Zeit des Washingtoner Kongresses oder gar der Zeit der Kalifornischen Landgesetze, die von einer geradezu panischen Japanerfurcht diktiert wurden, auf das entschiedenste abtrat.

Trotzdem bedeuteten diese Dinge zweifellos noch keine wirkliche Annäherung, und verschiedene kleinere Zwischenfälle des letzten Jahres bewiesen auch wohl, daß man zwar in Washington den guten Willen Japans nicht zu übersehen vermochte, aber eben nicht mehr. Erst die letzten beiden großen Ereignisse — das Scheitern der Flottenabräumungskonferenz in Genf und der Wandel der Lage in China — schienen einen wesentlichen Wandel der U. S. A. vorbereiten zu haben, der dann allerdings auch zu einem recht gründlichen Wandel der bisherigen Politik Amerikas geführt zu haben scheint.

Das Scheitern der Flottenabräumungskonferenz hatte vom Pacific aus gesehen eine Bedeutung, die man offenbar weder in London noch anderswo in Europa in dieser Schärfe vorausahnte: Das Nichtabkommen der englisch-amerikanischen Einigung über die Flottenabräumung bedeutet für den Pacific, daß die Vereinigten Staaten an dieser Stelle zur ersten Macht aufrücken, an Stelle Englands, das bei einem etwaigen Beitritt ohne jede Schwierigkeit von Amerika geschlagen werden muß, weil England einfach nicht die Mittel besitzt, um mit Amerika auf die